

PROTOKOLL

über die am Montag, dem 7.9.2009, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

Anwesend waren:

Fr. Bgmst. Annemarie Burghardt	SPÖ
Hr. Vzbgmst. Robert Pintz	SPÖ

Die Stadträte:

Josef Daubeck	SPÖ
Ing. Ernst Escher	SPÖ
Robert Michl	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP

Die Gemeinderäte:

Johann Beier	SPÖ
Kurt Burghardt	SPÖ
Franz Csucker	SPÖ
Ernst Gugler	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
Dr. Gerhard Janda	SPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Markus Schönbauer	SPÖ
Herbert Schweiger	SPÖ
Dipl.Päd. Martin Wechdorn	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ
Johannes Kruty	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Renate Stiglitz	ÖVP
Rudolf Stöger	ÖVP
Ing. Manfred Trost	ÖVP
Margit Wilmsen	ÖVP ab 19,10 Uhr (Pkt. 4)

Gerhard Krammer	GRÜNE
Ernst Nadler	GRÜNE
Volker Weiss	GRÜNE

Franz Weindl	FPÖ
--------------	-----

Entschuldigt abwesend:

Josef Pürschl	SPÖ
Margit Bergauer	SPÖ
Kerstin Cap	SPÖ

Michael Tkadlec
Robert Reissig

SPÖ
ÖVP

Schriftführer:

Stadtdirektor Anton Wildmann

Die Bürgermeisterin Annemarie Burghardt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

- - - Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

Berichterstatter: Bürgermeisterin Annemarie Burghardt

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli 2009
2. Änderung des Dienstpostenplanes 2009
3. Erstellung Energieausweise
4. Bauhof – Überdachung
5. Pachtvertrag bezüglich Minigolfplatz in Gänserndorf Süd

Berichterstatter: Vizebgmst. Robert Pintz

6. Zu- und Umbau Volksschule mit Integration Sonderschule – Vertrag

Berichterstatter: StR. Ing. Ernst Escher

7. Subventionen
8. Darlehensaufnahme „Straßenbau und Gehwege“

Berichterstatter: StR. Josef Daubeck

9. Schlägerung von Bäumen

Berichterstatter: StR. Josef Pürschl

10. Vergabe Gemeindewohnungen und Genehmigung Mietverträge

Berichterstatter: StR. Rene Lobner

11. Errichtung von Stromtankstellen
12. Kostenersatz für zusätzliche Mülltonnen

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

13. Verleihung von Verdienstmedaillen
14. Betriebsgrundstücke – Verzicht auf Kaufoptionen
15. Personalangelegenheiten
16. Grundstücksverkauf – Teilfläche der Pz.Nr. 822/2, Kaufvertrag
17. Förderung Alternativer Energiequellen
18. Befreiung von Lustbarkeitsabgabe

19. Ansuchen um Nachlass von Abgaben - Industrieförderung

Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt gibt bekannt, dass von ihr ein Dringlichkeitsantrag (Beilage 1) eingebracht wurde. Der Dringlichkeitsantrag hat folgenden Inhalt.

- Friedhof – Aufstellen einer Urne außerhalb des Friedhofs

Die Bürgermeisterin verliert in weiterer Folge den Dringlichkeitsantrag. Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, dass dem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zuerkannt wird und dass dieser Antrag unter Punkt 12 a) behandelt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Punkt 1: Die Bürgermeisterin Annemarie Burghardt berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli 2009 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Die Bürgermeisterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Protokoll vom 6. Juli 2009 genehmigt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 2: Die Bürgermeisterin Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Dienstpostenplan für 2009 wie folgt geändert werden soll:

- unter der lfd. Nr. 33, VA-Ansatz 211100, Hort, soll das Beschäftigungsausmaß von 22,50 h/Wo auf 32,5 h/Wo geändert werden
- unter der lfd. Nr. 61, VA-Ansatz 240600, KG. Kunterbunt, soll das Beschäftigungsausmaß von 25 h/Wo auf 40 h/Wo geändert werden und **) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag gestrichen werden
- unter der lfd. Nr. 61a, VA-Ansatz 2406, KG. Kunterbunt, soll DZ neu: 15, Vertragsbed. Entlohnungsgruppe 2, Beschäftigungsausmaß 35 h/Wo und **) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag eingefügt werden

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 3: Die Bürgermeisterin Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass Zivilingenieur DI. Johann Ertl mit der Erstellung der Energieausweise für die gemeindeeigenen Objekte zu Pauschalkosten von gesamt €20.615,- exkl. USt. lt. Anbot vom 3.8.2009 beauftragt werden soll (Bestbieter gegenüber Büro Central Danube mit € 21.276).

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob auch für die gemeindeeigenen Wohnhäuser die Energieausweise erstellt werden. Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt gibt hierzu bekannt, dass dies Aufgabe der Hausverwaltung ist. Herr GR. Franz Csucker stellt fest, dass die Hausverwaltung darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Energieausweise zu erstellen sind.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 4: Die Bürgermeisterin Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Bestbieterfirma Baumhauer, die bereits die bestehende Halle am Bauhof errichtet hat, mit der Erweiterung der Halle zu Kosten von €34.526,- inkl. USt. lt. Angebot vom 28.8.2009 beauftragt werden soll.

Die Erweiterung der Bauhofhalle wurde u. a.. auch vom Prüfungsausschuss (siehe Protokoll vom 25.9.2008) angeregt.

Aufgrund der Auslastung der Firma Baumhauer ist die Errichtung erst 2010 zu den gleichen Bedingungen lt. vorgelegten Anbot inkl. Statik u. baubehördliche Einreichunterlagen möglich.

Die Kosten in der Höhe von €34.525,20 sollen daher im Budget 2010 vorgesehen werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 5: Die Bürgermeisterin Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund der Sturmschäden an der Minigolfanlage in Gänserndorf-Süd der in der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2004 mit Frau Gerlinde Cermak abgeschlossene Vertrag mit Wirkung vom 1.8.2009 geändert werden soll. Der Sturm am 23.7.09 hatte im Bereich dieser Anlage rund 20 Bäume umgeworfen, wodurch einige Minigolfbahnen stark beschädigt wurden. Eine Sanierung dieser Bahnen wäre sehr aufwändig.

Der Vertrag soll wie folgt geändert werden:

Die Pächterin pachtet nicht mehr die gesamte Minigolfanlage sondern nur die im Bereich dieser Anlage befindlichen Gebäude (Lokal + Lager) sowie einen kleinen Waldstreifen um diese Gebäude, welcher für den Zugang sowie zum Aufstellen von Tischen und Stühlen im Freien benötigt wird (Lageplan liegt vor).

Das Pachtverhältnis endet nicht am 31.12.2009 sondern erst am 31.1.2011 (Pensionierung von Frau Cermak).

Der monatliche Pachtzins beträgt € 500,- + Ust (wertgesichert - bisher waren es € 633,-).

Die Pächterin ist nicht mehr berechtigt, den Minigolfbetrieb zu führen.

Die Pächterin trifft keine Betriebspflicht.

Alle übrigen Vertragsbestimmungen bleiben unverändert.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, wie der Passus „Die Pächterin trifft keine Betriebspflicht“ zu verstehen ist. Kann die Pächterin dann den Betrieb zulassen, wann sie will.

Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt hierzu fest, dass dies nur so auszulegen ist, dass die Pächterin, falls sie krank ist oder anders verhindert ist jederzeit den Betrieb schließen kann.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 6: Der Vizebürgermeister Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende neu überarbeitete Vereinbarung mit dem Sonderschulgemeindeverband Gänserndorf, betr. der Regelung der Errichtungs-, Betriebs- und Instandhaltungskosten im Zuge des Zu- und Umbaus der Volksschule mit Integration der Sonderschule genehmigt werden soll.

Dieser Beschluss ersetzt den Gemeinderatsbeschluss vom 21.10.2008, Pkt. 7.

Herr Vizebürgermeister Robert Pintz teilt mit, dass die Vereinbarung noch einmal beschlossen werden muss, weil es Einwände seitens der Gemeinde Schönkirchen-Reyersdorf gegeben hat. Die Gemeinde Schönkirchen-Reyersdorf hat selbst einen Anwalt mit der Ausarbeitung bzw. Überarbeitung der Vereinbarung beauftragt. Auf Grund dieser Überarbeitung wurde dann die Vereinbarung neu ausgearbeitet.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, wer für die Kosten des Anwaltes der Gemeinde Schönkirchen-Reyersdorf aufkommt. Der Vizebürgermeister Robert Pintz teilt hierzu mit, dass für diese Kosten die Gemeinde Schönkirchen-Reyersdorf aufkommen muss, da sie ja auch den Anwalt beauftragt hat.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 7: Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- a) das Subventionsansuchen der OÖ Puppenbühne vom 14.08.2009 um Ermäßigung von der Stadthallenmiete für die Durchführung eines Puppentheaters am 24.09.2009, abgelehnt werden soll.

Herr GR. Franz Weindl stellt hierzu fest, dass er gegen diesen Antrag stimmen wird, weil der Reinerlös seitens des Veranstalters der Kinderkrebshilfe zugute kommen soll. Herr GR. Franz Csucker gibt hierzu bekannt, dass man unter Reinerlös jenen Erlös versteht, welcher nach Abzug der eigenen Kosten (Kosten des Veranstalters) herauskommt. Der Veranstalter macht diese Veranstaltung sicher nicht zum Null-Tarif.

Der Antrag wird mit 27 Stimmen gegen eine Stimme (Gegenstimme: FPÖ – GR. Franz Weindl) angenommen.

- b) das Subventionsansuchen des Herrn Mag. Wolfgang Eckel – Eventmanager von NESTLÉ Austria vom 03.07.2009 um Förderung eines „Nestlé Austria Schullaufes“ in Höhe von € 2.000,00, abgelehnt werden soll.

Hier soll dem Veranstalter mitgeteilt werden, dass seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf für diese Veranstaltung keine Subvention gewährt werden kann. Es soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich der Veranstalter an den SV OMV Gänserndorf wenden kann, der der Mieter der Sportanlage ist und diese eventuell für diese Veranstaltung zur Verfügung stellen kann.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob dieser Antrag deshalb abgelehnt werden soll, weil subventionsmäßig kein Betrag vorgesehen ist. Herr GR. Franz Weindl stellt fest, dass der Konzern NESTLE seiner Meinung nach genug Geld hat. Herr GR. Gerhard Krammer gibt hierzu bekannt, dass die Kinder heutzutage leider unter Bewegungsmangel leiden und ist der Ansicht, dass der Lauf auch im Stadtzentrum stattfinden könnte. Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt fest, dass es ja den Gänserndorfer Stadtlauf gibt und dass jeder, der will, an diesem teilnehmen kann. Ist für den Schullauf, es kann jedoch dafür keine finanzielle Unterstützung seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf geben.

Herr GR. Herbert Schweiger ist der Ansicht, dass dieser Schullauf zeitmäßig auf Grund des Bewilligungsverfahrens nicht mehr im Stadtzentrum möglich ist. Als Obmann des Sportvereines ist er bezüglich der Sportanlage seitens des Veranstalters noch nicht kontaktiert worden. Herr GR. Gerhard Krammer hält diesen Event für gut und ist der Ansicht, dass dies eine Imagekampagne für Gänserndorf wäre und dass der Stadtkern durch diese Veranstaltung belebt werden würde. Herr GR. Rudolf Stöger stellt fest, dass der NESTLE Konzern die Möglichkeit hat, diese Veranstaltung ohne Subvention der Stadtgemeinde Gänserndorf durchzuführen.

Herr GR. Volker Weiss verweist auf die beiliegende Pressemappe, aus welcher zu ersehen ist, dass sehr wohl Stadtläufe durchgeführt wurden. Der Gemeinderat redet hier über eine Subvention in Höhe von € 2.000,--. Ist der Ansicht, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf in letzter Zeit viel mehr für Imagekampagnen ausgegeben hat. Würde diesen Betrag sogar aus der eigenen Tasche hergeben, wenn dadurch die Veranstaltung in Gänserndorf stattfinden würde. Die Stadtgemeinde Gänserndorf sollte als Schulstadt sehr wohl diese Veranstaltung subventionieren.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt fest, dass die GRÜNEN immer wieder auf die Subventionsrichtlinien verweisen. Auf Grund der Richtlinien ist eine Subventionierung dieser Veranstaltung nicht möglich. Wenn jetzt diese Veranstaltung subventioniert wird, können die Subventionsrichtlinien gleich wegfallen und jedes Ansuchen wird separat behandelt.

Der Antrag wird mit 25 Stimmen gegen 3 Stimmen (Gegenstimme: GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Krammer) angenommen.

Bearbeiter: Pleininger

Punkt 8: Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Vorhaben „**Straßenbau u. Gehwege**“ ein Darlehen in Höhe von € 230.000,00 bei der PSK zu einem variablen Zinssatz in Höhe von 1,483 % p.a. (Aufschlag auf 6-Monats-EURIBOR 0,35 %) auf 10 Jahre, Verzinsung: dekursiv halbjährlich, 30/360, Kapitalraten) aufgenommen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 9: Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nachfolgende Bäume geschlägert werden sollen, und zwar

Empfehlung Umweltausschuss vom 27.8.09 u Arbeitsgruppe Baum.

- Sportplatz, Pappel
- Schubertstraße 1, Linde, Nachsetzung Linde
- Strassergasse 1, Kastanie aus verkehrstechn. Sicht, Nachsetzung Kastanie

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 10: Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt Pürschl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

a) Frau **Annette TOUIL** die Gemeindewohnung **Wiener Straße 90/E/2** (vorm. Hiller Kurt) in der Größe von 39,05 m², bestehend aus 1 Zimmer, 1 Kabinett, Küche, Bad, Vorraum und WC zu einem monatlichen Mietzins von €2,31/m² + BK + Ust. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) **ab Rückgabe der Wohnung (Verlassenschaftabhandlung),**

b) an Frau **Sylvia ROUZUMEK** die Gemeindewohnung **Villagasse 13/1/3/12** (vorm. Touil) in der Größe von 102, 45 m², bestehend aus 4 Zimmer, Küche, Bad, WC, Vorraum und AR zu einem monatlichen Mietzins von €3,0059/m² + BK + Ust nach den Bestimmungen der WBF **ab Übergabe** und nachträglich an

c) Herrn **OPRESNIK Ivan** die Gemeindewohnung **Ziegelofengasse 3/E/2** (vorm. Würrer Alexandra) in der Größe von 52,59 m², bestehend aus 2 Zimmer, Küche, Bad, Vorraum und WC zu einem monatlichen Mietzins von €2,31/m² + BK + Ust. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) **ab 1. August 2009** vermietet

werden soll.

Die Mietverträge betreffend Vermietung der beiden oben angeführten Wohnungen werden von der Wohnungsgenossenschaft St. Pölten (Hausverwaltung der Gemeindewohnhäuser seit 1.1.2008) ausgestellt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 11: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund des Angebotes der Fa. Breitsprecher Erneuerbare Energien GmbH vom 2.4.2009 und der tel. Preisauskunft vom 24.8.2009 an folgenden Standorten Stromtankstellen errichtet werden sollen (alle Preise exkl. Ust.):

2 Ladestationen 3-phasig, 230 V, 16 A, 3,6 kW zum Preis von je €525,80

Standort Sportplatz Ä. Jochenstraße: Montage €600,-- + Material €200,--

Standort Hak-Parkplatz: Montage €600,-- + Material €200,--

Die Gesamtkosten dieser Anlagen werden daher inkl. Montage €2.651,60 exkl. Ust.

Für die Anlage bei der Hak gibt es eine grundsätzliche Zustimmung des Landesschulrates (Tel. Gespräch vom 26.8.09, Herr Wagensommerer). Allerdings sollten die Stromkosten der Hak ersetzt werden. Diese können gemeinsam mit dem Direktor geschätzt werden. So lange es nur vereinzelt E-Fahrzeuge gibt, werden sich diese auf wenige Euro jährlich belaufen. Später könnte ein Zähler eingebaut werden. Dieser würde rund 100 Euro kosten.

Wegen des hohen Zeitaufwandes für die Anlagenbesichtigung wurde nur ein zweites Angebot eingeholt, und zwar von der Fa. Klenk & Meder, welche im Zuge der Erweiterung der Hak die Elektroinstallationsarbeiten durchführte. Mit dieser Firma wurden allerdings nur die Hak und das Parkdeck beim Bahnhof besichtigt. Die Kosten würden hier €2.256,46 für die Hak und €2.206,26 für das Parkdeck betragen. Für das Parkdeck wäre allerdings noch ein Vertrag mit der ÖBB Immobilien GmbH erforderlich, welcher u.a. aus Kostengründen bisher noch nicht abgeschlossen wurde.

Der nicht im Budget vorgesehene Anteil dieser Ausgabe soll durch die Überschüsse bei der Müllabfuhr abgedeckt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 12: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass den Haushalten auf Wunsch pro Restmülltonne mehr als eine Altpapier- bzw. Kunststoff- und Metallverpackungen-Tonne zur Verfügung gestellt wird. Für diese Tonnen soll eine jährliche Benützungspauschale in Höhe von €40,-- inkl. Ust. je Altpapier-Tonne und €20,-- inkl. Ust. je Kunststoff- und Metallverpackungen-Tonne eingehoben werden.

Die Gemeinde stellt den Gänserndorfer Haushalte derzeit pro verwendeter Restmülltonne jeweils eine Tonne zur Sammlung von Altpapier und von Kunststoff- und Metallverpackungen kostenlos zur Verfügung. Im Falle der Kunststoff- und Metallverpackungen erhalten die Haushalte bei Bedarf zusätzliche Sammelsäcke. Sollte jemand eine zweite Tonne benützen wollen, soll sie ihm zum obigen Preis zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 12a: Herr Stadtrat Robert Michl stellt der Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass Frau Elisabeth Hlawenka, 2230 Gänserndorf, Grillparzergasse 46/Haus 2 die Aschenreste ihrer Schwiegermutter Frau Franziska Hlawenka, die am 25.8.2009 verstorben ist, außerhalb des Gemeindefriedhofes, in ihrem Haus Grillparzergasse 46/Haus 2 aufstellen darf.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lichtl

Ende der Sitzung: 20,00 Uhr

Der Schriftführer:

Die Bürgermeisterin:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die GRÜNEN:

Für die FPÖ: